

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

01|2022



SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Landtag zwischen Hilfe und Vorsorge

IN KRAFT: Datenschutzgesetz feiert 30. Geburtstag

IM BLICK: Regionalfenster unterwegs in Bismark

IM ANGEBOT: Mehr Social Media im Landtag



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

**JETZT AUCH BEI
INSTAGRAM UND
FACEBOOK**



Landtag von Sachsen-Anhalt
Parlamentsgebäude

Startseite

@landtag_ssa

Info

Videos

Fotos

Mehr ▾

Landtag von Sachsen-Anhalt



Landtag von Sachsen-Anhalt
Gestern um 09:28 ·

In zehn Epochen



10

LANDTAG MACHT SICH STARK FÜR DATENSCHUTZ

Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger: 1992 beschlossen die Abgeordneten erfolgreich die Anbindung des Datenschutzbeauftragten an das Parlament und zogen Lehren aus den Erfahrungen in der DDR.



11

DREI LÄNDER, EIN SENDER

Nach der Wende musste die Medienlandschaft umgestaltet werden. Der Landtag machte mit einem Gesetz zum Staatsvertrag 1992 den Weg dafür frei. Für den Mitteldeutschen Rundfunk begann eine wahre Erfolgsgeschichte.



18

LANDTAG BEI INSTAGRAM UND FACEBOOK

Seit 1. März finden Sie uns auch bei Instagram und Facebook. Ziel ist es, Ihnen, Ihren Kindern und Enkelkindern zu erklären, wie das Landesparlament von Sachsen-Anhalt funktioniert – mit anderen Worten: wie Politik gemacht wird.

SPLITTER

4 | Pflanzaktion zum Klimaschutz

Mit Gummistiefeln und Spaten machten sich rund 30 Abgeordnete aller Fraktionen und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Ende Februar ans Werk im Gartenreich Dessau-Wörlitz.

4 | International geht's zu im Landtag

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger pflegt für das Parlament von Sachsen-Anhalt auch zahlreiche ausländische Kontakte, kürzlich mit Bulgarien und der Türkei.

AUS DEM PLENUM

6 | Hilfe für Kommunen und Geflüchtete

Die Koalition und die Fraktion DIE LINKE brachten jeweils einen Antrag ein, durch den Maßnahmen zum Schutz der Menschen aus der Ukraine ergriffen werden sollen. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs sollen gemindert werden.

8 | Bezahlbare Kraftstoffpreise

Die Versorgung mit bezahlbarem Kraftstoff ist für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Sachsen-Anhalt Teil der Existenzgrundlage, meint die AfD. Wie können die Kosten gesenkt werden, ohne Löcher in den Landeshaushalt zu reißen?

9 | Mehr Mitbestimmung wagen

Demokratie müsse gelernt werden, am besten schon in der Schule. Daher hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag eingebracht, um Schülern und Eltern mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.

REGIONALFENSTER

12 | Bismark in der Altmark –

Einheitsgemeinde mit Traditionen

Gelegen mitten in der Altmark und nur 40 Kilometer vom Geburtsort des Eisernen Kanzlers entfernt, verbindet die Stadt Bismark und Otto von Bismarck sowie dessen Familie nicht mehr als ein gleichlautender Name – jedoch mit unterschiedlicher Schreibweise.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10 000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Ulrich Grimm (Ltg.), Stefanie Böhme, Beate Grau,
Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld,
Wolfgang Schulz

Fotos & Grafiken

Titelseite: Dr. Stefan Müller
Seite 2: Stefanie Böhme, Viktoria Kühne
Seite 3: Jörg Lantelme - stock.adobe.com (l.),
Wolfgang Schulz (M.), Gudrun Oelze
Seite 4: Stefanie Böhme, Dr. Stefan Müller,
Botschaft Bulgarien
Seite 6: guteksk7 - stock.adobe.com
Seite 8: creativemariolorek - stock.adobe.com
Seite 9: JackF - stock.adobe.com
Seite 10: Jörg Lantelme - stock.adobe.com
Seite 11: Wolfgang Schulz
Seite 12–15: Gudrun Oelze
Seite 16–17: Verlage Herder, Beck, Berliner
Wissenschafts-Verlag, mdv
Seite 18: Gudrun Oelze, Landtag, Screenshot
Jan - stock.adobe.com
Seite 19: Angelika Flaig, Matthias Trott
Seite 20: Genese Magdeburg

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

28. März 2022. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Pflanzaktion zum Klimaschutz im Dessau-Wörlitzer Gartenreich

Mit Gummistiefeln und Spaten machten sich rund 30 Abgeordnete aller Fraktionen und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Ende Februar ans Werk. Im UNESCO-Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz pflanzten sie einige Tausend Bäumchen für ein Wiederaufforstungsprojekt im Wert von 14 600 Euro. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger sagte dazu: „Es freut mich sehr, dieses doch besondere Fleckchen Erde wieder mit Leben zu füllen, indem



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (l.) und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff machten sich beide selbst ans Werk und pflanzten einige der vielen Tausend Bäumchen.

wir mit der Unterstützung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und dem Flächeninhaber viele Bäume gepflanzt haben.“ Nach dem erfolgreichen Auftakt könne er sich vorstellen, dass solche Pflanzungen zukünftig Tradition werden. Der Ältestenrat hatte 2020 beschlossen, den CO₂-Fußabdruck des Landtags zu verringern und als gutes Beispiel in Sachen Umweltschutz voranzugehen.

Stefanie Böhme

International geht's zu im Landtag von Sachsen-Anhalt

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger traf kürzlich in Magdeburg die türkische Generalkonsulin Gül Özge Kaya und zuvor in Berlin die bulgarische Botschafterin Elena Radkova Shekerletova. Konsulin und Botschafterin – zwei außenpolitische Ämter. Aber: die Auf-

gaben sind verschieden. Während Botschafter/innen für ein ganzes Land (oder mehrere) zuständig sind, arbeiten Konsul/innen in einem regional begrenzten Amtsbezirk. Gül Özge Kaya ist zum Beispiel in Deutschland „nur“ für Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen zuständig. Botschaften kümmern sich vordergründig um die politischen Beziehungen zwischen zwei Ländern, Konsulate eher um wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Beide sind beratend für Bürgerinnen und Bürger da. Und regelmäßig treffen sie auch mit Politikern wie Landtagspräsident Dr. Schellenberger zusammen und besprechen aktuelle Fragen.



Die türkische Generalkonsulin Gül Özge Kaya und die bulgarische Botschafterin Elena Radkova Shekerletova trafen mit Landtagspräsident Gunnar Schellenberger zusammen.



Dr. Stefan Müller

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die NATO-Spitzen stuften Russlands Angriff erneut als „schwerwiegendste Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit seit Jahrzehnten“ ein. Ein militärisches Eingreifen schließe sie aus, um ihrer Verantwortung nachzukommen, dass dieser Konflikt nicht über die Ukraine hinaus eskaliere. Dennoch stehe sie in voller Solidarität an der Seite des ukrainischen Präsidenten und der tapferen ukrainischen Bürger. Angriffe auf die Zivilbevölkerung verurteilt die NATO. Sie fordert Russland auf, seine Soldaten unverzüglich abzuziehen. Auch China wird aufgefordert, Russland nicht weiter zu unterstützen.

Jeden Zentimeter ihres Bündnisgebietes werde sie jedoch verteidigen, heißt es in einer jüngsten Erklärung. Dafür wurde in diesen Tagen das Abschreckungs- und Verteidigungspotenzial erheblich gestärkt. Putin hat damit das Gegenteil erreicht, was er Ende 2021 gefordert hatte. Die NATO hat sich nicht aus Osteuropa zurückgezogen, sondern ihre Präsenz deutlich verstärkt. Möge über allem ein verlässlicher Mantel der Diplomatie liegen.

In diesen Wochen kommen aus der Ukraine täglich Kriegsflüchtlinge in Deutschland und anderen Ländern Europas an. Es sind Frauen mit ihren Kindern, die Schutz suchen. Geöffnet sind die Grenzen dafür. Was passiert hier politisch in dieser riesigen Dynamik? Die tatsächlichen Hintergründe sind oft nicht umfassend präsent. Die Zeiten sind aufgewühlt und geprägt von Unsicherheit und auch Angst.

Lassen Sie uns kraftvoll, entschlossen und wohlwollend der Aggression, Gewalt, Feindseligkeit, Diktatur, dem Profit- und stark ausgeprägten Macht-

bewusstsein eine Absage erteilen. Als Demokraten sind wir angetreten, in friedlicher Koexistenz miteinander zu leben und Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Auch wegen der Pandemie, die unsere Nachrichten seit einigen Jahren beherrscht und deutlichen Einfluss auf unser Leben nehmen konnte, herrscht viel Angst und Unsicherheit. Diese zu befeuern, ist verantwortungslos. Lassen Sie uns gemeinsam wieder zu neuer Kraft und Stärke finden – in klugem und bewusstem Diskurs, in guten und positiven Absichten.

Die grundlegenden europäischen Werte Freiheit und Demokratie gilt es, für und durch uns Menschen zu erhalten. Mögen alle politisch Verantwortlichen ihrer Verantwortung der Vertretung des Volkes gerecht werden, einschließlich all diejenigen, die sie dabei unterstützen. Wir alle stehen in einer Verpflichtung, unseren Erfahrungsschatz und unseren Wissensstand klug und weitsichtig für die Menschen in unserem Land einzusetzen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, alles Gute und stets einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft. Allen ukrainischen Flüchtlingen wünsche ich eine behütete Rückkehr in ihre friedvolle Heimat.

Der Zwischenruf ermöglicht einen Blick in die Themen- und Debattenkultur unseres Landtags. Ich wünsche Ihnen eine bereichernde Lektüre.

Ihr
Dr. Gunnar Schellenberger
Präsident des Landtags



Hilfe für Kommunen und Geflüchtete

Die Koalition und die Fraktion DIE LINKE brachten jeweils einen Antrag ein, durch den Maßnahmen zum Schutz der Menschen aus der Ukraine ergriffen werden sollen. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs sollen gemindert werden.



Russland hat Krieg über die Ukraine gebracht. Den Menschen aus der Ukraine muss und soll in ganz Europa geholfen werden.

Sachsen-Anhalt werde seine Verantwortung in der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Krisensituation umfassend wahrnehmen, bekunden die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Durch einen Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, Länder und Kommunen bei der Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen zur Linderung der Folgen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes sowie der Schutzsuchenden finanziell zu unterstützen. Die Fraktion DIE LINKE brachte ebenfalls einen Antrag ein, durch den begrüßt werden sollte, aus der Ukraine Geflüchteten den umfassenden Schutzstatus nach § 24 Aufenthaltsgesetz zu erteilen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung auch einen sicheren Aufenthaltstitel für Menschen einsetzen, die aus Russland fliehen (Verweigerung des Kriegsdienstes bzw. Kritik gegen den Angriffskrieg).

Man stehe solidarisch an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, mit Respekt

schaue man auf die Standhaftigkeit und den Mut der Menschen in der Ukraine, betonte Dr. Katja Pähle (SPD). „Alle spüren, wie nah uns dieser Krieg kommt und dass uns die Folgen direkt betreffen“, so Pähle. Sachsen-Anhalt müsse und werde seinen Beitrag zur Unterstützung leisten. Vorrangig gehe es momentan um die geregelte Aufnahme und Unterbringung der geflüchteten Menschen, sagte Pähle. Deshalb sei es entscheidend, dass die Kommunen ausreichend Unterstützung fänden. Die Kitas und Schulen sollen ihre Kernaufgabe übernehmen, zunächst über „Ankunftsklassen“ und gezielten Deutschunterricht bis hin zu gemeinsamem Unterricht.

Jeden Tag gebe es Meldungen über Tote, Verletzte und Zerstörungen in der Ukraine, sagte Henriette Quade (DIE LINKE). Es sei gut, dass die EU einen belastbaren Schutzstatus für die Menschen aus der Ukraine aufgestellt habe. Diesen Schutz hätten, so Quade, die Menschen

aus dem Kosovo, Afghanistan oder aus Syrien ebenfalls gebrauchen können. Es sei an der Bundesrepublik und der EU, aus Russland flüchtende oppositionelle Menschen zu schützen und aufzunehmen. Den größten Handlungsbedarf sehe sie in der Bereitstellung und Ausstattung von Wohnraum, der Bund müsse die Absicherung gewährleisten. Die Unterbringung in Sporthallen sei so kurz wie möglich zu halten. Sie nannte die Unterbringung in Ferienwohnungen, Jugendherbergen, Hotels oder kommunalen Gemeinschaftsunterkünften. Zudem sprach sie die besonderen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und älteren Menschen an. Man müsse sexualisierter Gewalt vorbeugen und die emotionale und psychische Ausnahme-situation der Geflüchteten berücksichtigen.

„Zwei Flugstunden von Berlin sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert, ein durch nichts zu rechtfertigender Völkerrechtsbruch“, resümierte

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff (CDU). Der Krieg sei ein Angriff auf grundlegende europäische Werte wie Freiheit und Demokratie. Mehr als 10500 Geflüchtete seien in Sachsen-Anhalt angekommen. Es gebe einen breiten Konsens zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Anfeindungen gegenüber in Deutschland lebenden Russinnen und Russen seien nicht hinnehmbar, sie hätten nichts mit Putins Angriffskrieg zu tun, man dürfe sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sagte Haseloff. Für Kinder und Jugendliche würden jeweils vierzehn Standorte für „Ankunftsklassen“ im Grund- und Sekundarschulbereich eingerichtet. Hier würden ukrainische Lehrkräfte befristet eingestellt. Haseloff betonte, die Arbeitsmarktintegration und Kinderbetreuung sicherstellen zu wollen.

In der Don-Region wolle niemand Krieg, sagte Oliver Kirchner (AfD), die Menschen vor Ort wollten ein gutes Verhältnis zu Russland und der Europäischen Union. Man müsse die Situation aus zwei Perspektiven sehen. Die AfD unterstütze die Aufnahme von Frauen und Kindern aus der Ukraine. „Asylbetrüger und Wirtschaftsmigranten“ sollten aus Sachsen-Anhalt abgeschoben werden, um Menschen aus der Ukraine aufnehmen zu können; „afrikanische Ukrainer“ dürften keine Aufnahme in Deutschland finden, meinte der AfD-Abgeordnete. Man brauche eine strenge Asyl- und Sicherheitspolitik. „Sanktionen, die uns mehr schaden als dem Land, das zu sanktionieren ist, lehnen wir ab“, betonte Kirchner, „wir frieren nicht für die Freiheit, wir kämpfen für den Wohlstand.“

Mittlerweile seien durch die russischen Angriffe über tausend Zivilisten in der Ukraine getötet worden, konstatierte Siegfried Borgwardt (CDU). Es sei die Zeit, Realpolitik zu betreiben und sich auch von früheren ideologischen Überzeugungen zu lösen. Der Aggressor sei allein Putin und nicht das ukrainische Volk. Jeder ernsthafte Verhandlungsversuch sei bisher gescheitert, immer

wieder gebe es nicht annehmbare Forderungen durch die Russen. Nun gehe es um die schnelle Aufnahme von Schutzsuchenden, die Begrenzung des Anstiegs der Energiepreise und den Beitrag Sachsen-Anhalts zur Ernährung auf der Welt. Es bedürfe weiterer kurzfristiger und stabilisierender Maßnahmen für die Wirtschaft.

„Dieser Krieg ist schlimmer als alles, was wir uns haben vorstellen können“, resümierte Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und nannte die Namen fast vollständig zerstörter Orte wie Mariupol. „Hier gibt es Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, Putin müsse in Den Haag der Prozess gemacht werden. Er warb für deutlich aufgestockte Waffenlieferungen, denn die Ukraine verteidige nicht nur ihre, sondern auch unsere Freiheit. „Wir müssen dafür sorgen, dass wir schnellstmöglich von russischem Gas und Öl unabhängig werden“, betonte Striegel. Die Kommunen bräuchten handfeste Unterstützung bei der Herrichtung von Wohnraum und Gewährung gesundheitlicher Unterstützung.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt stehe hinter den Menschen in der Ukraine, betonte Andreas Silbersack (FDP). Wir stehen in einer Verpflichtung gegenüber den Menschen aus der Ukraine und Russland, die nach der Freiheit streben und sich gegen das System Putin stellen. Der russische Präsident sei ein Kriegsverbrecher, der die Geschichte und deren Auslegung nicht verstanden habe. „Die Menschen in Sachsen-Anhalt zeigen und leben Solidarität“, lobte Silbersack. Das mache Mut für das, was in den kommenden Wochen noch vor uns liege. Die Bereitstellung von Wohnraum und Integration der Ankommenden, auch im Bildungs- und Ausbildungsbereich, sei oberstes Gebot.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Koalition angenommen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE fand keine Mehrheit.

Dr. Stefan Müller

Keine pauschale Tarif-Übernahme

„Volle Übernahme der Tarifsteigerungen 2022 in Kindertageseinrichtungen durch das Land“ forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag und scheiterte damit im März-Plenum. Die große Bedeutung der Arbeit in Kitas, Horten sowie vielen anderen sozialen Einrichtungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen spiegle sich trotz erreichter Verbesserungen längst noch nicht überall in einer angemessenen Bewertung der Arbeit wider, meint die Fraktion. Mögliche Tarifierhöhungen 2022 dürften von den Kommunen aus Geldnot nicht an die Eltern abgewälzt werden. Daher sollte die Landesregierung die für den Sozial- und Erziehungsdienst entstehenden Mehrkosten in den Kitas vollständig übernehmen, so der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Kritik gab es sowohl von der Sozialministerin als auch den anderen Fraktionen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Stefanie Böhme

Landesbeauftragter blieb ungewählt

Bei der Wahl zum Landesdatenschutzbeauftragten hat keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit von 49 der 97 Abgeordnetenstimmen erhalten. Im ersten Wahlgang erhielt der von den Koalitionsfraktionen (CDU, SPD und FDP) unterstützte Kandidat Albert Cohaus 46 Stimmen. Seit der Verabschiedung seines Vorgängers im Dezember 2020 übt der 62-jährige Cohaus das Amt vertretungsweise aus. Der Landesdatenschutzbeauftragte hat die Aufgabe, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern bei den öffentlichen Stellen des Landes (Behörden) und den nichtöffentlichen Stellen (Unternehmen oder Vereine), die Einhaltung und Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und anderer Vorschriften über den Datenschutz zu überwachen. Laut Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wählt der Landtag den LfD, zuvor wird die Stelle öffentlich ausgeschrieben.

Stefanie Böhme

Bezahlbare Kraftstoffpreise

Die Versorgung mit bezahlbarem Kraftstoff ist für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Sachsen-Anhalt Teil der Existenzgrundlage. Wie können die Kosten gesenkt werden, ohne Löcher in den Landeshaushalt zu reißen?

Die drastisch gestiegenen Preise erforderten zügige Maßnahmen zur Entlastung, konstatierte die AfD-Fraktion in einem Antrag. Die Landesregierung sollte sich daher für die zeitweise Aussetzung der Umsatzsteuer auf Kraftstoffe, die Herabsetzung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (EU-Mindestsatz) und die Abschaffung der CO₂-Steuer einsetzen.

Die Energiepreise seien nicht nur wegen des Kriegs in der Ukraine explodiert, konstatierte Ulrich Siegmund (AfD); es sei durchaus möglich, geringere Preise anzubieten, wenn dies politisch gewollt wäre. Denn vom aktuellen Preis betrügen die Produktkosten weit weniger als die Hälfte. Der Staat schlage auf diesen Preis noch die Energiesteuer, die CO₂-Steuer und die Mehrwertsteuer drauf.

Die steigenden Kraftstoffpreise belasteten die Bürgerinnen und Bürger sehr, räumte Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) ein. Die Sorge vor einer Verknappung von Rohöl habe deren Preis in die Höhe getrieben, der Markt bestimme den Preis. Der Staat bereichere sich nicht an den gestiegenen Kraftstoffpreisen.

Der Rohölpreis sei zwar wieder gesunken, allerdings komme diese Entlastung nicht bei den Verbrauchern an, sagte Juliane Kleemann (SPD) – „hier zeigt der Markt seine hässliche Fratze“. Die AfD transportiere allerdings in ihrem Antrag das „Lügenmärchen des sich bedienenden Staates“. Eine simple Steuersenkung sei nicht zu Ende gedacht. Die Länder und Kommunen erhielten beispielsweise 47,2 Prozent von der Umsatzsteuer, eine Verringerung würde automatisch Löcher in den Landeshaushalt reißen.



Die Spritpreise sind nach dem Beginn des Kriegs in der Ukraine noch einmal sprunghaft angestiegen. Wie kann eine Preisminderung erzielt werden?

Es müsse Schluss sein mit der Verzögerungstaktik bei der Unterstützung der Menschen im Land, betonte Kerstin Eisenreich (DIE LINKE). „Der Markt regelt überhaupt nichts“, die Verbraucherpreise blieben hoch, obwohl die Rohölpreise gesunken seien. Die zusätzlichen Gewinne der Ölkonzerne müssten, ähnlich wie in Italien, durch eine zusätzliche Besteuerung umverteilt werden.

Die AfD ziele mit ihrem Antrag nicht auf eine Unterstützung der Bürger, sondern allein auf eine Politikerschelte, erklärte Andreas Silbersack (FDP). „Wir brauchen keine Reflexreaktionen, sondern eine langfristig planbare Politik.“ Eine pauschale Senkung der Mehrwertsteuer schade dem Staat, Ländern und Kommunen, denn indirekt würde diesen das Geld weggenommen.

Von den hohen Energiekosten seien am meisten die Menschen im ländlichen Raum, die Pflegedienste, die Pendler/innen und Handwerksunternehmen betroffen, die sehr auf individuelle Mo-

bilität angewiesen seien, konstatierte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Entlastung müsse schnell, zielgerichtet und sozial ausgewogen erfolgen.

Man müsse deutlich sagen, dass die gewollte Energiewende die Energie maßgeblich verteuert habe, meinte Ulrich Thomas (CDU). Mit dem Krieg in der Ukraine habe Deutschland einen verlässlichen Partner (Russland) für die Energieversorgung verloren. Man müsse nun auch die Diskussion führen, wie wir zukünftig unseren Energiebedarf befriedigen wollten. Man müsse beispielsweise auch über Laufzeitverlängerungen von Kohlekraftwerken sprechen, so Ulrich Thomas.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der AfD-Fraktion in die Ausschüsse für Finanzen (federführend) sowie für Wirtschaft und Tourismus und für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (mitberatend) überwiesen.

Dr. Stefan Müller

Mehr Mitbestimmung wagen

Demokratie müsse gelernt werden, am besten schon in der Schule. Daher hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag eingebracht, um Schülern und Eltern mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.

Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, der Antrag solle „einen Paradigmenwechsel einläuten“. So brauche es beispielsweise mehr Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement der Schüler. Zudem sollte der Landesschülerrat die Möglichkeit haben, regelmäßig im Bildungsausschuss gehört zu werden und die Drittelparität-Plus sollte in der Schulkonferenz eingeführt werden. Denn es seien die Schulen in denen die jungen Bürgerinnen und Bürger erste demokratische Werte und Maßstäbe kennenlernen würden.

Mehr Demokratie in der Schule, werde nicht allein durch die Schaffung einer Drittelparität erreicht, meinte Bildungsministerin Eva Feußner (CDU). Drittelparität-Plus bedeutet, dass Lehrer, Eltern und Schüler zu gleichen Teilen in der Schulkonferenz vertreten sind. Bereits jetzt würde der Landesschülerrat bei wichtigen

Fragen einbezogen und angehört. Ein genereller Anspruch auf Freistellung für andere ehrenamtliche Tätigkeiten – wie von den Grünen vorgeschlagen – (z. B. Nachbarschaftshilfe, Tierschutz, Altenpflege, Klimaschutz) sei jedoch aufgrund des Schulgesetzes nicht möglich. Dr. Katja Pähle (SPD) betonte, Arbeitgeber und Ausbilder würden es durchaus zu schätzen wissen, wenn junge Menschen sich bereits gesellschaftlich engagiert hätten. Beim Blick auf eine Freistellung für ehrenamtliches Engagement lohne sich ein genaueres Hinsehen. So könne ein 16-jähriger Schüler, der beispielsweise bei der Feuerwehr aktiv ist, durchaus mal vom Unterricht befreit werden.

„Das ausgerechnet die Grünen sich für Demokratie einsetzen wollen, ist ein schlechter Witz!“, kritisierte Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD). Es gebe wirkliche Probleme wie zum Beispiel, dass Schulen im ländlichen Raum geschlossen würden und dass das Leis-

tungsniveau immer weiter sinke. Nötig sei keine Ausweitung, sondern eine Reduktion der Kompetenz der Gesamtkonferenz in der Schule.

Jörg Bernstein (FDP) sagte, im Ziel der Demokratiebildung bestehe weitgehende Einigkeit. Auf dem Weg dahin gebe es allerdings unterschiedliche Ansichten, zum Beispiel bei der geforderten Drittelparität. Laut Bernstein sollten die Schüler mit guten Argumenten überzeugen und nicht durch festgelegte Mehrheiten. Die Freistellung für gesellschaftliches Engagement sah er ebenfalls kritisch.

Thomas Lippmann (DIE LINKE) meinte, es handle sich bei der geforderten Drittelparität „nicht um Teufelszeug“, andere Bundesländer kämen damit bereits gut klar. Darüber und über die anderen Vorschläge im Antrag der Grünen sollte unbedingt im Bildungsausschuss gesprochen werden.

„Gibt es nicht irgendwo Grenzen?“, fragte Carsten Borchert (CDU). Lehrer würden nicht demokratisch gewählt, sondern dies sei ein Beruf, der durch solche Debatten nicht attraktiver werde. Wie die Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Schülern und Eltern funktioniere, hänge immer von den Handelnden vor Ort ab. In der derzeitigen Situation gebe es im Bildungsbereich andere Probleme als über die größere Mitbestimmung von Schülern und Eltern zu diskutieren.

Am Ende der Debatte wurde der Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Bildung überwiesen. Stefanie Böhme



Für mehr Demokratie in der Schule warb ein Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stark für den Datenschutz

Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger: 1992 beschlossen die Abgeordneten erfolgreich die Anbindung des Datenschutzbeauftragten an das Parlament und zogen Lehren aus den Erfahrungen in der DDR.



Daten- und Informationsdiebstahl ist ein schwerwiegendes Problem.

Mit dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG-LSA) vom 13. März 1992 haben die Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt bereits vor 30 Jahren sehr umsichtig eine Thematik in der parlamentarischen Tätigkeit verarbeitet, die im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Durch die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik in den letzten Jahrzehnten ist der Datenschutz aus allen Bereichen des Lebens nicht mehr wegzudenken. Davon zeugen aktuell die EU-Daten-

schutzgrundverordnung von 2018 sowie die darauf begründeten Gesetzesnovellen auf Bundes- und Landesebene.

Vor 30 Jahren dagegen war vieles auf diesem Gebiet Neuland. Zwar gab es die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung, doch gerade in den neuen Ländern waren die Skepsis gegenüber öffentlichen Stellen nach den schmerzvollen Erfahrungen in der DDR, in der mit dem Datenschutz Schindluder getrieben worden war, und das Verlangen nach einem gesetzestreuen Umgang mit personenbezogenen Daten besonders groß. Das zeigte sich in den Sitzungen des Landtags und der

Ausschüsse Ende 1991 und Anfang 1992, in denen mehr als 70 Änderungen zum Entwurf des Gesetzes der Landesregierung beantragt und rund 50 Änderungsvorschläge in die Beschlussempfehlung aufgenommen wurden.

Als Berichterstatter des federführenden Innenausschusses brachte es der Abgeordnete Dr. Manfred Püchel (SPD) auf den Punkt, als er sagte, dass der Begriff Datenschutz eigentlich streng genommen irreführend sei. „Es sind nicht etwa die Daten, die durch das Gesetz geschützt werden, sondern es

geht um den Schutz des Bürgers vor einem ungehemmten Umgang mit seinen persönlichen Daten.“ In diesem Sinne haben die Mitglieder des Landtags 1992 ein Gesetz verabschiedet, auf dessen Grundlage seitdem jeder Bürger das Recht hat, über die Erhebung und die Verwendung seiner persönlichen Daten selbst zu bestimmen. Und dazu gehört auch, dass jeder Bürger von der datenerhebenden Stelle vorab über den Zweck der Datenerhebung informiert werden muss und diese auch verweigern kann.

Im Gegensatz zum Gesetzentwurf der Landesregierung haben die Abgeordneten auch durchgesetzt, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz mit einer Zweidrittelmehrheit vom Landtag gewählt werden muss. Der erste Amtsinhaber, Klaus-Rainer Kalk, war am 9. April 1992 vom Präsidenten des Landtags auf die Dauer von sechs Jahren in sein Amt berufen worden. Eine besonders wichtige Aufgabe des Landesbeauftragten ist die Bearbeitung von Bürgereingaben. Jedermann kann sich nach § 23 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz an den Landesbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Daten durch öffentliche Stellen in seinen Rechten verletzt worden zu sein. Die getroffenen Entscheidungen zeigen den hohen Stellenwert, den die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt schon vor 30 Jahren dem Schutz personengebundener Daten durch den Staat beigemessen haben.

Wolfgang Schulz

Drei Länder, ein Sender

Nach der Wende musste die Medienlandschaft umgestaltet werden. Der Landtag machte mit einem Gesetz zum Staatsvertrag 1992 den Weg dafür frei. Für den Mitteldeutschen Rundfunk begann eine wahre Erfolgsgeschichte.

Der Mitteldeutsche Rundfunk ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Seit nunmehr 30 Jahren informieren und unterhalten die rund 4 000 Mitarbeiter in Wort und Bild über Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Am 1. Januar 1992 ging der MDR auf Sendung, nachdem die Landtage in Dresden, Magdeburg und Erfurt am 21. bzw. 25. Juni 1991 die Gesetze zum Staatsvertrag über den MDR vom 30. Mai 1991 beschlossen hatten. Sein breites Programmangebot macht seitdem politisch und kulturell den mitteldeutschen Raum überregional sichtbar und trägt maßgeblich zur Identitätsstiftung dieser Länder bei.

Die Umgestaltung der Medienlandschaft in den neuen Ländern gehörte nach der Vereinigung Deutschlands zu den grundlegenden Aufgaben der Politik. Im Einigungsvertrag war als Ziel für die Abwicklung des DDR-Rundfunks und -Fernsehfunks der 31. Dezember 1991 festgelegt worden. Als Vorbild für eine moderne Medienlandschaft diente die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den Altbundesländern. Dabei waren sich die fünf neuen Länder bewusst, dass nicht jedes Land einen eigenen Sender haben kann. Das wäre finanziell nicht zu verkraften gewesen.

Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hatte die Idee und machte seinen Amtskollegen Gerd Gies (Sachsen-Anhalt) und Josef Duchac (Thüringen) den Vorschlag, einen gemeinsamen Sender für Mitteldeutschland ins Leben zu rufen. „Es waren nur zwei Telefongespräche“, erinnerte sich Biedenkopf später. Er sei sofort auf offene



Blick auf das MDR-Landesfunkhaus in Magdeburg.

Ohren gestoßen und habe keine Überzeugungsarbeit leisten müssen. „Im Vordergrund stand der Gedanke, dass man etwas gemeinsam macht, um auf diese Weise auch die Gemeinsamkeit dieser drei neuen Bundesländer zum Ausdruck zu bringen.“

Seit drei Jahrzehnten schreibt der MDR eine wahre Erfolgsgeschichte. Medienanalysen ergeben regelmäßig Spitzenpositionen des MDR in der Hörergunst. Die verschiedenen Programme erfassen das Geschehen und Leben im Lande unter allen Gesichtspunkten, fördern und festigen die Zusammengehörigkeit und Heimatverbundenheit der Bevölkerung. Bundesweit ist der MDR eine gewichtige Stimme des Ostens. Dieses „Dritte“ ist zu den erfolgreichsten aller ARD-Anstalten geworden.

Die Hörfunkprogramme wie MDR Jump, MDR Aktuell, MDR Sputnik, MDR Kultur, MDR Klassik und MDR Tweens senden aus der Programmdirektion in Halle (Saale). In den Landeshauptstädten

Dresden, Magdeburg und Erfurt befinden sich Landesfunkhäuser, die eigenständige Radioprogramme sowie täglich regionale Magazine im Fernsehen (Sachsenspiegel, Sachsen-Anhalt Heute, Thüringen-Journal) für die drei Bundesländer ausstrahlen. Die MDR-Schlagerwelt wird im Landesfunkhaus Thüringen produziert.

Der MDR-Staatsvertrag von 1991 wurde inzwischen des Öfteren überarbeitet und modernisiert. Per Gesetz hat der Landtag von Sachsen-Anhalt zuletzt am 21. April 2021 der Modernisierung zugestimmt. Mit der Neufassung des Staatsvertrags wollen die drei Länder den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen stärken, in den mitteldeutschen Ländern die kulturelle Vielfalt und Identität fördern sowie zum demokratischen Dialog, zur Sicherung der Meinungsvielfalt und zum Erhalt der Lebensgrundlagen und des Friedens beitragen, versichern sie mit dem überarbeiteten Staatsvertrag.

Wolfgang Schulz



Bismarks Stadtkirche gilt als das älteste Gebäude des Ortes (r.). Das Bürgerhaus am Markt (l.) beherbergt eine Heimatstube und das Trauzimmer.

Bismark in der Altmark – Einheitsgemeinde mit Traditionen

Gelegen mitten in der Altmark und nur 40 Kilometer vom Geburtsort des Eisernen Kanzlers entfernt, verbindet die Stadt Bismark und Otto von Bismarck sowie dessen Familie nicht mehr als ein gleichlautender Name – jedoch mit unterschiedlicher Schreibweise.

Der Name unseres Ortes besteht aus zwei Teilen“, erläutert Bürgermeisterin Annegret Schwarz, „zum einen aus der Bezeichnung des altmärkischen Flüsschens Biese und zum anderen aus dem althochdeutschen Begriff -mark für Gegend, Gebiet.“ Die Gegend rund um die Stadt Bismark – das sei die Altmark von ihrer schönsten Seite, meint das Stadtoberhaupt, eine „Grüne Wiese mit Zukunft“. Denn Grün gibt es reichlich innerhalb der Grenzen der Einheitsgemeinde, die in ihrer heutigen Form seit 2010 besteht. Seitdem gehen Bismark und umliegende Orte im Landkreis Stendal kommunalpolitisch einen gemeinsamen Weg. Die 8 120 Einwohner leben in 20 Ortschaften mit insgesamt 39 Ortsteilen auf einem Territorium von 290 Quadratkilometern – größer als die Mittelmeer-Insel Malta. Während sich dort aber gut 1 600 Einwohner je km² drängen, sind es auf dem Terrain der Einheitsgemeinde gerade mal 28. In der ohnehin dünnbesiedelten Region haben

die Querstedter den meisten Platz: Gerade mal 9,4 Einwohner je km² leben in dieser kleinen Ortschaft.

Allen Bewohnern der Einheitsgemeinde ein angenehmes Leben zu ermöglichen und Besuchern Interessantes zu bieten, ist ein wichtiges Anliegen von Bürgermeisterin und Stadtrat. „Auch flaches Land ist schön!“, werben sie und dafür, dass „Entfernungen oft nur eine Frage der Betrachtung“ seien. Immerhin komme man von hier, dem Herzen der Altmark, in nur 25 Autominuten zu den nächstgrößeren Städten Stendal und Gardelegen, und in einer Stunde sei die Landeshauptstadt erreichbar. Auf der Eisenbahn-Strecke Magdeburg–Uelzen halten an den Bahnhöfen Kläden und Hohenwulsch nach wie vor Züge der früheren Amerika-Linie, auf der einst Auswanderer aus Deutschland und Osteuropa quer durch die Altmark zu den Nordseehäfen gelangten. Heutzutage sei die Einheitsgemeinde zudem über

mehrere Landesstraßen erreichbar, ergänzt Bürgermeisterin Schwarz, und schwärmt von einer insgesamt guten Lage, bestens geeignet für Tagesausflüge aufs flache Land mit „wahnsinnig viel Freiraum, wunderschönen Wäldern und Entspannung pur in der Natur“. Das Manko an natürlichen Gewässern machen zwei Freibäder – das Waldschwimmbad Dobberkau-Möllenbeck sowie die ehemalige Lehmgrube Bismarker Kolk – wett. Die neuen Caravan-Stellplätze wurden in der vergangenen Badesaison gut genutzt, freut sich die Bürgermeisterin. Denn bei allen mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen habe diese positiv bewirkt, dass die Menschen Deutschland und ihre unmittelbare Heimat mehr besuchten und besser kennenlernten.

In der Einheitsgemeinde Stadt Bismark ist dies zunehmend auch auf gut ausgebauten Radwegen möglich. Nachdem bereits einige neue entstanden waren,



Bürgermeisterin Annegret Schwarz wirbt sehr eindringlich für ihre Einheitsgemeinde.

wurde die Kommune für ihr „herausragendes Engagement zur Förderung des Radverkehrs“ ausgezeichnet. Sich nicht auf dieser Ehrung ausruhend, wird der Radweg von Bismark nach Kalbe (Milde) in Angriff genommen. Für dieses Kooperationsprojekt von zwei Kommunen in zwei Landkreisen (Stendal und Altmarkkreis Salzwedel) ist der Fördermittelbescheid bereits eingetroffen. Die Bauarbeiten können also bald losgehen und Bewohner wie Besucher der Region dann auch entlang dieser Strecke radelnd den in der Region gepflegten „Luxus der Leere“ kennenlernen.

Mit diesem Slogan meinen die Einheitsgemeinde Stadt Bismark und fünf weitere Kommunen nicht nur viel Platz für den Einzelnen. Denn neben reizvoller Landschaft und viel Natur bietet die Region Interessierten auch zahlreiche günstige Möglichkeiten, auf dem flachen Land in eigener Immobilie zu leben und/oder zu arbeiten. Auf der Internetplattform „Luxus der Leere“ sind unbewohnte oder brachliegende Immobilien zu finden, die auf eine neue Nutzung warten – wie in Bismark zwei leerstehende Wohnblöcke oder das Gebäude der ehemaligen Grundschule im Ortsteil Dobberkau.

Ob nun dort oder andernorts – wichtig sei, altersgerechten Wohnraum im Gemeindegebiet zu schaffen, meint Bürgermeisterin Schwarz, und mit „altersgerecht“ nicht nur Häuser für

Seniorinnen und Senioren, sondern für alle Generationen. Denn nur wenn sich auch junge Leute, Familien mit Kindern, hier wohlfühlen und leben wollen, könne auf Dauer dem Fachkräftemangel begegnet werden, der auch um eine strukturschwache Gegend keinen Bogen mache. Immerhin wirtschaften in Bismark und den anderen Ortschaften an die 300 klein- und mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe – zum Teil mit überregionaler Ausstrahlung. So fertigt die Bismarker Containerbau GmbH BiCoBa maßgeschneiderte Raumzellen und Container für Kunden unterschiedlichster Branchen – für Kitas und Schulen, Büros, Wohnungen u. a. Die langjährige Tradition der Milchverarbeitung in Bismark wird von der Altmark-Käserei Uelzena fortgeführt. Rund 100 Mitarbeitende produzieren

dort täglich fast 90 Tonnen Schnittkäse für Lebensmittelbetriebe sowie jährlich rund 26 000 Tonnen Butter für Bäcker sowie den Groß- und Einzelhandel.

Bismark war seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts einer der wichtigsten Standorte für die deutsche Rinderzucht – und ist es bis heute. Hier ist der Sitz einer Geschäftsstelle der RinderAllianz, dem Verbund der Rinderzuchtverbände Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns. Nicht nur das Rinderzuchtmuseum Sachsen-Anhalt ist ein Anziehungspunkt, sondern auch die stets spektakulären Viehauktionen und Leistungsschauen. Der für den Frühsommer 2022 nach zweijähriger coronabedingter Abstinenz angekündigten Verbandsschau „HolsteinVision“ in der Bismarker Zuchtviehhalle fiebern schon jetzt zahlreiche Züchter aus nah und fern entgegen.

Aus der Ortschaft Kläden kommen überregional beliebte Eintöpfe aus „Kelles“ Suppen-Manufaktur. Das Familienunternehmen hat mit seinen regionalen Fertigmahlzeiten in der Dose nicht nur den Geschmack der Altmärker und der Sachsen-Anhalter getroffen, sondern auch darüber hinaus. Deutschlandweit und punktuell auch international genießen Suppenliebhaber „Kelles“ überwiegend von Hand zubereitete und ohne chemische Stoffe konservierte Altmärkische Hochzeitssuppe, Erbseneintopf,



Auch flaches Land ist schön, meinen die Bismarker über ihre altmärkische Heimat.



Wahrzeichen der Stadt: Die sagenumwobene „Goldene Laus“.

Weißer Bohnen, Wild- oder Kesselglasch, Tomatencremesuppe, Soljanka, Hühnerfrikassee oder die legendäre NVA-Feldsuppe aus gelben Erbsen mit Schweinefleisch und Gemüse.

Ob man in „Kelles“ Suppen-Manufaktur mit Produkten aus Bismarks „Kümmelbude“ würzt? So nennt der Volksmund das heutige „Haus der Hochlandgewürze“, für das Johannes Steinicke vor hundert Jahren in Bismark den Grundstein legte. Ende der 1950er Jahre siedelte die auf getrocknete Kräuter und Gemüseerzeugnisse spezialisierte Firma in den Westen Deutschlands über, kehrte nach der Wende aber an den Ursprungsort zurück. Seither werden in der Bismarker Niederlassung Tradition und Erfahrung mit der Anwendung neuester Technologien zur Veredelung von Trockengemüsen und -kräutern verbunden.

Butter, Käse, Suppe, Kräuter, auch Brot und Wurst aus heimischer Produktion – „man kann in Bismark ganz gut überle-

Das einstige Herrenhaus in der Ortschaft Kläden ist heute eine Seniorentagesstätte mit einem „Garten der Sinne“.

ben“, sagt die Rathauschefin, zugleich jedoch den „wahnsinnigen Leerstand in der Innenstadt“ bedauernd. Während sich Alteingesessene noch gut daran erinnern, dass einst in beinahe jedem Haus ein Ladengeschäft war, gibt es beim Bummel heutzutage viele leere Schaufenster oder gar Baulücken von abgerissenen Gebäuden zu entdecken. Und dennoch wurde die Einheitsgemeinde 2019 Landessiegerin im Wettstreit um die „Kommune des Jahres“ – weil man sich intensiv darum bemühe, die Wirtschaft und das Zusammenleben für alle Einwohner zu stärken, hieß es zur Begründung. Auf Kommunikation miteinander wird viel Wert gelegt, unter anderem beim Austausch zwischen Verwaltung, Unternehmen und Bürgern im Wirtschafts- sowie im Landwirtschaftsring. Initiiert vom Handelsring beteiligen sich Bismarker Gewerbetreibende auch an der regionalen Händlerplattform „Hallo Altmark“, gewinnen durch dieses Internetportal an Bekanntheit und profitieren von den Absatzmöglichkeiten des Online-Handels.

Und nach der Arbeit und in der Freizeit? Dafür bietet die Einheitsgemeinde Stadt Bismark ihren Bewohnern vieles: So leistet sie sich – verteilt über das ganze Gemeindegebiet – zehn zum Teil kleine, aber familiäre Kindertagesstätten sowie zwei Horte, gibt es zwei Grund- und eine Sekundarschule,

29 Sportstätten, Allgemein-, Zahn- und andere Fachärzte, Apotheke und Physiotherapie sowie ein Kinder- und Jugendfreizeitzentrum. Über Stadtgeschichtliches kann man sich in der Heimatstube im Bürgerhaus am Markt informieren, wobei Zeugnisse vergangener Zeiten nur der letzten 350 Jahre vorhanden sind, hatte doch 1676 ein Brand die ganze Stadt eingeäschert. Erhalten blieb nur die Stadtkirche, damit heute das älteste Gebäude von Bismark. Als frühstädtische Pfarrkirche hebt sie sich auch durch ihre Form deutlich von Kirchen der Umgebung ab. Und davon gibt es viele – in den 39 Ortsteilen immerhin 38, jede für sich besonders und einzigartig. „Wir sind stolz, dass wir in der Region über die größte Dichte an Feldsteinkirchen verfügen“, betont die Bürgermeisterin. Von einer ehemaligen Wallfahrtskirche in Bismark ist nur noch ein Turm geblieben – die „Goldene Laus“. Dort, wo das Gotteshaus einst stand, soll der Legende nach eines Nachts ein leuchtendes Kreuz vom Himmel gefallen sei. Daraufhin kamen um die Mitte des 14. Jahrhunderts Pilgerscharen nach Bismark, um an der Kirche zum Heiligen Kreuz um Vergebung oder Heilung zu beten. Geblieben ist nur eine Turmruine, die auch immer mehr verfiel, bis sie erstmals zu Beginn des 20. Jahrhunderts und weitere hundert Jahre später erneut saniert wurde. Heute kümmert sich ein Förderverein um die Erhaltung des Denkmals, des-





Mehrere Großsteingräber zeugen in der Gemarkung der Einheitsgemeinde Stadt Bismark von früher Besiedlung der Region. Lange hielt man diese Hünengräber für heidnische Opferschalen oder Backöfen von Riesen und Teufeln.

sen Namen „Goldene Laus“ Historiker sowohl von einer verlorengegangenen Inschrift „Laus deo“ = Gotteslob als auch den einst reichen Opfergaben der Bürger und Pilger ableiten.

Jahrtausende älter als Bismarks Wahrzeichen „Goldene Laus“ sind riesige steinerne Zeugen einer frühen Besiedlung der Region. Von den in der östlichen Altmark bekannten und erhaltenen acht Hünen- bzw. Großsteingräbern befinden sich fünf rund um Bismark. Die aus gewaltigen, unbehauenen Findlingen aus Granit bestehenden, einst für heidnische Opferschalen oder Backöfen von Riesen und Teufeln gehaltenen Kulturdenkmale lassen sich heute auf einem touristischen Rundkurs erkunden. Das gewaltigste dieser fünf Hünengräber ist das von Steinfeld – 47 Meter lang, acht Meter breit.

In unmittelbarer Nähe der um die 5000 Jahre alten Grabanlage lädt alljährlich am letzten Septemberwochenende der

größte Bauernmarkt der Altmark zum Staunen, Schlendern und Schlemmen ein. Hunderte regionale Händler und Handwerker und Tausende Besucher hoffen, dass das bunte Markttreiben auf dem Steinfeld Schützenplatz 2022 wieder ohne Corona-Einschränkungen stattfinden kann.

Seit 1999 sind alljährlich zwischen August und Oktober die Meßdorfer Musikfesttage ein Anziehungspunkt für Gäste aus nah und fern. In der romanischen Dorfkirche des Ortes bieten dann international renommierte Künstler bei Gesang und Instrumentalmusik musikalischen Genuss. Zu den vielumjubelten Veranstaltungen gehörten bisher unter anderem Konzerte vom Preußischen Kammerorchester, der Jungen Philharmonie Köln, der Potsdamer Turmbläser, der Blockflötenvirtuosen aus Tokio und des Kammerchors aus Tallinn.

Eine Neuauflage soll es in diesem Jahr auch vom Klädener Adventsmarkt ge-

ben, der – bis auf den coronabedingten Ausfall 2021 – alljährlich am 1. Advent rund um den Schlossplatz seine Pforten öffnet. Dort läuten dann ein Märchenwald mit Weihnachtspostamt, Märchentante und Händler mit weihnachtlichen Spezialitäten die besinnlichste Zeit des Jahres ein.

Neben diesen überregional bekannten Veranstaltungen gibt es in den 39 Ortsteilen der Einheitsgemeinde Stadt Bismark eine Vielzahl individueller Feste und Feiern rund um das ländliche Leben – von der Mittsommernacht bis zum Erntedankfest. Viel werde getan zum Leben und Erleben, betont Bürgermeisterin Annegret Schwarz – alles aber sei undenkbar ohne die zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Einheitsgemeinde. Davon kann sich im kommenden Jahr die gesamte Altmark überzeugen, denn 2023 wird Bismark Gastgeber des 20. Altmärkischen Heimatfestes sein.

Gudrun Oelze

Eine Stimme für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer

Am 9. Oktober 2019 gab es in Halle (Saale) einen antisemitischen und rassistischen Terroranschlag. Der Attentäter versuchte, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur mit Gewalt in die Hallenser Synagoge einzudringen, um die dort versammelten Personen zu töten. Er wurde wegen zweifachen Mordes und vielfachen Mordversuchs zur Höchststrafe verurteilt. Der Prozess fand 2020 vor dem Landgericht Magdeburg statt und auch die jüdisch-deutsche Schriftstellerin Esther Dischereit verfolgte ihn. Während des Prozesses meldeten sich zahlreiche Überlebende und Angehörige der Opfer des Anschlags zu Wort. Diese in bewegender Weise geäußerten Reden sammelte die Autorin und veröffentlichte sie in ihrem Buch. Mit diesen eindringlichen Texten und Reden will sie den Betroffenen eine Stimme geben. Zu ihrem Buch sagt sie: „Mein Hauptinteresse war, dass die Zeugnisse, die die Überlebenden selbst vor Gericht vortrugen, bewahrt werden.“ Das ist ihr mit ihrem Buch gelungen, denn durch die Veröffentlichung dieser wichtigen Dokumente gibt sie den Überlebenden des Terroranschlags von Halle Kraft und Glaubwürdigkeit.

Beate Grau

Esther Dischereit (Hg.): Hab keine Angst, erzähl alles! Das Attentat von Halle und die Stimmen der Überlebenden. Freiburg u. a.: Herder, 2021.



Der 9. November – Ein bedeutendes Datum

Der 9. November ist ein Schicksalstag der Deutschen. Mit diesem Datum sind glückliche und tragische Schlüsselereignisse verbunden: die Ausrufung der Republik nach dem Ersten Weltkrieg (1918), der Hitlerputsch (1923), die Reichspogromnacht (1938) und der Mauerfall nach der Friedlichen Revolution (1989). Der Autor Wolfgang Niess ist promovierter Historiker. Er beschreibt in seinem Buch, was an jenen Novembertagen geschah und beleuchtet, welche Auswirkungen die einzelnen Ereignisse auf den politischen Werdegang in Deutschland hatten. Des Weiteren zeigt er die historischen Linien auf, die sich von diesem Datum durch die deutsche Geschichte ziehen lassen. Niess bezeichnet den 9. November als einen Tag, der zu Mahnung, Erinnerung und Orientierung gleichermaßen auffordert. Dieser macht, wie kein anderer Tag des Jahres, den langen und letztendlich erfolgreichen Kampf um die Demokratie in Deutschland anschaulich. Der Autor ist fest davon überzeugt, dass der 9. November zu einem nationalen Gedenktag erklärt werden sollte.

Beate Grau

Wolfgang Niess: Der 9. November – Die Deutschen und ihr Schicksalstag. München: Beck, 2021.



Wird die Unabhängigkeit der Justiz von innen bedroht?

Mit dem Einzug der AfD (Alternative für Deutschland) in sämtliche Landtage und den Deutschen Bundestag ist in der Bundesrepublik ein bedeutsamer gesellschaftlicher Wandel eingetreten. Programm und Positionen dieser Partei bestimmen den politischen Diskurs in vielen sozialen Milieus und Berufsgruppen. Der Journalist Joachim Wagner beleuchtet im vorliegenden Werk die Auswirkungen auf die dritte Gewalt, insbesondere im Hinblick auf Strafverfolgung und Rechtspflege durch Richter und Staatsanwälte, die der AfD nahestehen. Sein Fazit fällt überaus kritisch aus: Viel zu häufig sieht er eine Ignoranz gegenüber rechtsextremistischen oder antisemitischen Motiven zahlreicher Straftaten und Straftäter/innen. Hinzu kommt aus Sicht des Autors eine lückenhafte und nicht konsequent praktizierte interne Dienstaufsicht. So sieht Joachim Wagner die Unabhängigkeit der Justiz aktuell stärker von innen als von außen bedroht. Mit der vorliegenden, durch zahlreiche Einzelbeispiele unterlegten Studie will er ein Signal für die Rückbesinnung auf einen wehrhaften Rechtsstaat senden.

Michael Rahmfeld



Joachim Wagner: Rechte Richter. AfD-Richter, -Staatsanwälte und -Schöffen: eine Gefahr für den Rechtsstaat? Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2021.

Ein facettenreiches Bild der Reformation in Magdeburg



Im 16. Jahrhundert zählte die damalige Hansestadt Magdeburg mit etwa 30000 Einwohnern zu den größten und bedeutendsten Städten des alten Reichs. Sie nahm im Zuge der konfessionellen Auseinandersetzungen zusätzlich eine besondere Rolle ein, da in ihren Mauern das Luthertum zuerst in einer Großstadt Fuß fassen konnte. Fortan, seit den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts, verstand sich die Elbmetropole als Verteidigerin des evangelischen Glaubens. Der vorliegende wissenschaftliche Sammelband entstand in Anlehnung an das Reformationsjubiläum 2017 und entwirft ein facettenreiches Bild der Magdeburger Reformationsgeschichte mit ihren vielfältigen Verflechtungen auf der lokalen, regionalen und der Reichsebene. Erläutert werden dabei neben den Aspekten von Glaube und (Macht-) Politik auch die Wechselwirkungen des zeitgenössischen sozialen und politischen Wandels.

Michael Rahmfeld

Maren Ballerstedt, Gabriele Köster, Cornelia Poenicke (Hg.): Magdeburg und die Reformation. Teil 1: Eine Stadt folgt Martin Luther. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2016. (Magdeburger Schriften Band 7)

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Mehr Social Media im Landtag

Seit 1. März finden Sie uns auch bei Instagram und Facebook. Ziel ist es, Ihnen, Ihren Kindern und/oder Enkelkindern zu erklären, wie das Landesparlament von Sachsen-Anhalt funktioniert – mit anderen Worten: wie Politik gemacht wird.



Beispiele aus unseren Social-Media-Serien „Landtags-ABC“, „Kennst du dein Land“ und „Unser Servicekasten“.

Wie entsteht ein neues Gesetz? Wie sieht der Alltag eines Landtagsabgeordneten aus? Was sind die Aufgaben des Landtags? Oder: Was ist der Unterschied zwischen dem Landtagspräsidenten und dem Ministerpräsidenten? Diese und viele andere Fragen beantworten wir seit 1. März nun auch auf unseren beiden neuen Social-Media-Kanälen (Instagram „@landtag_lsa“ und Facebook „Landtag von Sachsen-Anhalt“). Bei allen unseren Postings verwenden wir – neben vielen anderen – immer die Hashtags #ltlsa und #Erklärbar – ganz im Sinne unserer eigentlichen Intention: Politische Prozesse zu erklären, Demokratie transparent zu machen und die Arbeit der Abgeordneten zu präsentieren.

Wir sind der Meinung: Demokratie lebt von Transparenz und Engagement. Das bedeutet, dass Sie jederzeit erfahren können, was im Landtag diskutiert wird, welche Entscheidungen getroffen werden und dass Sie uns oder direkt den Abgeordneten jederzeit Ihre Meinung dazu sagen können. Daher freuen wir uns über Ihre Kommentare, Hinweise und Fragen auf unseren Social-Media-Kanälen.

Und vielleicht noch ein kleiner Hinweis für Ihre Kinder und Enkelkinder: Neben Erklärungen und Informationen rund um den Landtag möchten wir unsere Community auch unterhalten. Wir denken nämlich:

Information und Wissensvermittlung müssen nicht langweilig sein, sondern können Spaß machen! Daher werden wir, so oft es geht, hinter die Kulissen des Landtags, der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter blicken. Immer freitags planen wir einen Blick in unser schönes Bundesland und stellen Ihnen nach und nach besondere Orte, Bauwerke, kulinarische Highlights, Persönlichkeiten und Ausflugsziele vor.

Vielleicht kennen Sie schon unseren YouTube-Kanal („LSA-Landtag“)? Wenn nicht, dann schauen Sie doch mal rein. Dort finden Sie neben Videos zu aktuellen Ausstellungen im Landtag und wichtigen Ereignissen und Veranstaltungen unseren frisch überarbeiteten Landtagsfilm. In zehn Episoden erklärt der Film die parlamentarische Demokratie in Sachsen-Anhalt. Einfach und konkret wird gezeigt, wie Politik funktioniert und dass es auch Spaß machen kann, sich zu beteiligen.

Das Besondere an dem Film: Nicht Erwachsene erklären die politischen Zusammenhänge, sondern Jugendliche. Sie können sich den Film gern zusammen mit Ihren Kindern und/oder Enkelkindern auf dem YouTube-Kanal des Landtags ansehen oder Sie folgen uns einfach auf unserem Instagram-Kanal. Dort werden wir die einzelnen Episoden als Serie veröffentlichen.

Stefanie Böhme



AUSSTELLUNG



MYTHOS WASSER UNIKATLITHOGRAFIEN UND OBJEKTE VON ANGELIKA FLAIG

26. APRIL BIS 10. JUNI 2022

Bevor das Gebäude am Domplatz 6–9 in Magdeburg zum Landtag von Sachsen-Anhalt wurde, war es eine Ingenieurschule für Wasserwirtschaft. In den Kellern waren Versuchslabore zur Wassertechnik installiert und in den oberen Etagen befanden sich Lehr- und Schulräume.

Die Ausstellung „Mythos Wasser“ greift zurück auf die erlebte Geschichte des Gebäudes und verbindet diese mit seiner Gegenwart und seinem Umfeld. Wasser spielt für die Stadt Magdeburg, deren Umland und deren Bevölkerung eine wichtige Rolle. Technische Konstruktionen wie Brücken, Kanäle und Wasserbecken prägten und prägen das Stadtbild.

Die Künstlerin Angelika Flaig fertigte extra für die Ausstellung im Landtag Unikatlithografien, die teils direkt, teils im übertragenen Sinne eine Beziehung zum Thema Wasser in der Stadt besitzen. Historische Fotografien, die das Thema Wasser zeigen, wurden in einem künstlerisch aufwendigen Prozess des lithografischen Drucks weiterbearbeitet. Auf diese Weise sind neue Bilder entstanden, die in Fragmenten die Fotorealität beinhalten und gleichzeitig neue Assoziationen und Bildmotive für den Betrachter freigeben. In den Bildern kann man Wasserpflanzen, Wasserstrudel, Eisblöcke und auch Wassergötter und Flussgöttinnen entdecken. Schauen Sie und entdecken Sie in der Ausstellung die mythische Welt des Wassers. angelika-flaig.de

AUSSTELLUNG



ALLES IM FLUSS SKULPTUREN UND GRAFIK VON MATTHIAS TROTT

5. JULI BIS 12. AUGUST 2022

Die kommende Ausstellung von Matthias Trott geht mit seinen Werken von der Fläche in den Raum über. Seine freistehenden Skulpturen, menschliche Körper, die aus einem besonderen Holz herausgearbeitet wurden, werden in Korrespondenz mit seinen Holzschnitten ausgestellt. Die Skulpturen sind aus alten Gründungspfählen, die in der Elbe und bei Hafenanlagen verbaut waren, geschnitzt und gehauen.

Teilweise wirken die Skulpturen sehr filigran, verletzlich und zart. Andererseits erscheinen sie brutal und gewaltvoll aufgrund ihrer Entstehung mit der Kettensäge. Die Holzschnitte sind teilweise farbig umgesetzt und zeigen klare Formen menschlicher Körper. Die Formsprache der Skulpturen spiegelt sich in den Holzschnitten wider.

Es entsteht ein Wechselspiel zwischen beiden künstlerischen Techniken, die wie in einem Dialog zueinander treten. Ergänzt wird die Präsentation mit einigen in Stein gehauenen Köpfen-Artefakte. Matthias Trott studierte an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein Holzbildhauerei und arbeitet heute in Magdeburg. holz-objekt.de

Der Landtag freut sich auf Ihren Besuch der Ausstellungen im Landtagsgebäude. Die Ausstellungen sind Mo.–Fr., 8.00–17.00 Uhr, bei freiem Eintritt zu besichtigen. Beim Besuch der Ausstellungen gelten die jeweils aktuellen pandemiebedingten Regelungen zum Infektionsschutz im Landtag (3G-Nachweis, Maske und Abstandsregelung).

NEUER
SCHÜLERKALENDER

ab 06/22

Mein
**TERMIN
PLANNER**
2022.2023

Bestellungen ab sofort hier:
E-Mail: kontakt@lt.sachsen-anhalt.de

